



Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg

21.09.2022

CORONAVIRUS/GESELLSCHAFT

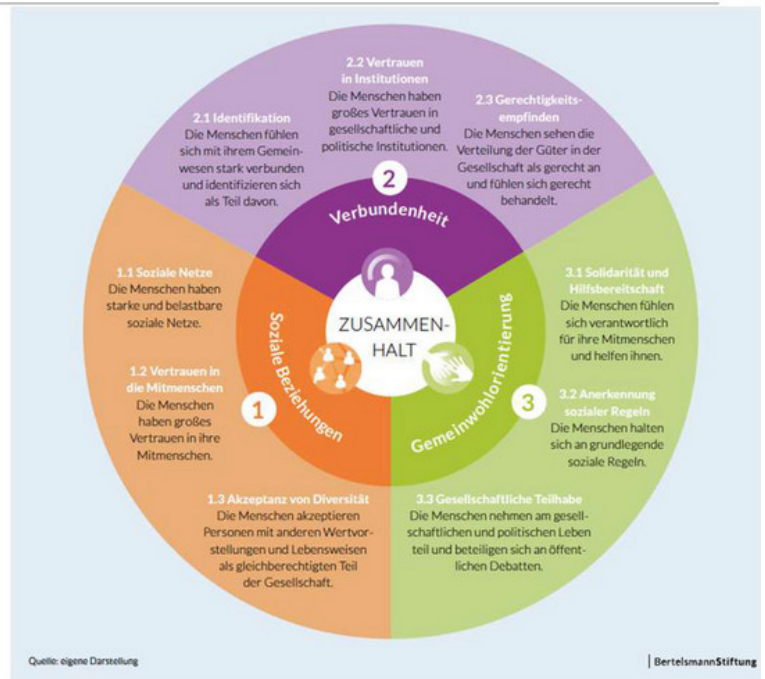
Studie: Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg hat unter Corona-Pandemie gelitten



BertelsmannStiftung

Was ist gesellschaftlicher Zusammenhalt?

Die Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders in einem territorial abgegrenzten Gemeinwesen.



Bertelsmann Stiftung

Handout zur Studie „Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2022“

Eine vom Sozialministerium unterstützte Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt, wie sich der gesellschaftliche Zusammenhalt während der Corona-Pandemie verändert hat und wie unterschiedliche Bevölkerungsgruppen diesen erleben.

Ob es das Integrationsmanagement ist, die Quartiersstrategie, Kurzzeitpflege oder Gleichstellungsfragen – wie wichtig Gesellschaftspolitik auch und gerade im Land ist, zeigt eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung, die mit Unterstützung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und

Integration durchgeführt wurde. Die Wissenschaftler erforschten den Zusammenhalt der Gesellschaft während der Corona-Pandemie. Und dieser ist laut ihrer Studie in Baden-Württemberg deutlich gesunken: Insgesamt ist der Index für Zusammenhalt, der auf einer Skala von 0 bis 100 aufgeführt wird, von 2019 bis zum Jahreswechsel 2021/22 deutlich von 64 auf 54 Punkte gefallen. „Die Studie zeigt uns, wo die inneren Strukturen unserer Gesellschaft schwächeln, und sie gibt Rückschlüsse darauf, was wir tun müssen, um unsere Gesellschaft krisenfester zu machen“, sagte Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha anlässlich der Vorstellung der Studie am Mittwoch (21. September) in Stuttgart. Besonders betroffen sind demnach Alleinerziehende, chronisch Kranke oder Menschen mit geringerer Bildung, geringem Einkommen und ohne Arbeitsplatz.

Autoren der Studie zu den gewonnenen Erkenntnissen

Prof. Dr. Klaus Boehnke von der Jacobs University Bremen und einer der Autoren der Studie: „Dass sich jetzt so gravierende Veränderungen abzeichnen, ist beunruhigend. Es ist ein deutliches Signal an die Politik, deren Aufgabe darin besteht, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Gesellschaft sich nicht spaltet und alle Menschen gute Lebenschancen und Perspektiven haben.“

Dr. Kai Unzicker von der Bertelsmann Stiftung und ebenfalls Co-Autor der Studie ergänzte: „Die Pandemie hat in allen Dimensionen von Zusammenhalt Spuren hinterlassen: Die sozialen Beziehungen der Menschen zueinander sind geschwächt und die Offenheit für Vielfalt ist zurückgegangen. Heute sagen 24 Prozent, man könne sich auf niemanden mehr verlassen. Vor der Pandemie sagten dies nur knapp 9 Prozent. Auch die Identifikation mit dem Gemeinwesen ist zurückgegangen. Nur noch etwas mehr als die Hälfte der Befragten fühlen sich mit Wohnort oder Bundesland verbunden. Die Studie zeigt auch Rückgänge beim Vertrauen in Institutionen, bei der Anerkennung sozialer Regeln und bei der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.“

Unterschiedliche Wahrnehmung bei bestimmten Bevölkerungsgruppen

In besonderem Maße seien zwischen 2019 und 2021/22 die Identifikation mit dem Gemeinwesen sowie Solidarität und Hilfsbereitschaft zurückgegangen. Dennoch erlebten nicht alle Bevölkerungsgruppen den Zusammenhalt auf gleiche Art und Weise: Frauen, Personen mit geringerer formaler Bildung, Arme und Angehörige der unteren Mittelschicht, Nicht-Erwerbstätige, Alleinerziehende, chronisch Kranke, aber auch Menschen mit Migrationshintergrund und nicht zuletzt die Altersgruppe der 45- bis 65-Jährigen: Sie alle nehmen den Zusammenhalt – zum Teil deutlich schwächer wahr als der Durchschnitt der Bevölkerung. Jüngere, höher Gebildete und Menschen auf dem Land weisen dagegen aktuell noch das stärkste Vertrauen in ihre Mitmenschen auf und erleben den Zusammenhalt insgesamt als relativ positiv.

Was die Lage der Jugend angeht, so sind mehr als 40 Prozent der Befragten zwar der Auffassung, die Situation in der Wohngegend habe sich in der Pandemie für Jugendliche verschlechtert. Die Lebenszufriedenheit junger Menschen ist dennoch höher als bei älteren Menschen, und sie blicken trotz allem optimistischer als Ältere in die Zukunft. Obwohl sie sich in der Corona-Hochzeit von der Politik

vernachlässigt gefühlt haben, empfinden junge Menschen den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt als weniger gefährdet.

Studie gibt Hinweise zu Handlungsfeldern

„Für mich ist klar: Wir müssen benachteiligte Bevölkerungsgruppen noch mehr stärken, wir müssen noch mehr tun“, betonte Minister Lucha. „Das muss in den **Quartieren** beginnen, in den kleinteiligen Versorgungs- und Sorgegemeinschaften. Denn dort finden Zusammenhalt und Teilhabe unmittelbar statt.“ Die Quartiersstrategie des Landes „Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten.“ setze hier an, aber auch das „Innovationsprogramm Pflege“, das vor allem die Kurzzeitpflege stärkt und in das seit 2019 mehr als 11 Millionen Euro geflossen sind.

Angesichts der Ergebnisse betonte Lucha auch die Bedeutung des **Ehrenamts**: „Wir müssen auf allen Ebenen an einer besseren Anerkennung und langfristigen Wertschätzung des Ehrenamts arbeiten. Dazu werden wir eine Ehrenamtskarte einführen und diese im nächsten Jahr mit Modellversuchen in mehreren Stadt- und Landkreisen erproben“, kündigte er an.

Für gesellschaftlichen Zusammenhalt sei auch die **medizinische Versorgung** wichtig. „Gerade im ländlichen Raum müssen wir eine gute, bedarfsgerechte medizinische Versorgung sicherstellen, keine und keiner darf sich abgehängt fühlen“, ist der Minister überzeugt. „Mit unserem Landärzteprogramm, der Landarztquote beim Medizinstudium und Initiativen zum Ausbau der sektorenübergreifenden Versorgung stellen wir hier für die Zukunft die Weichen.“

Das gelte auch für die Bereiche **Gleichstellung, Integration und Antidiskriminierung**. „Wir arbeiten an einer umfassenden Gleichstellungsstrategie und am Kampf gegen häusliche Gewalt: So haben wir die Haushaltsmittel zur Förderung von Beratungsstellen und zur Verbesserung der Situation gewaltbetroffener Frauen und Kinder seit 2017 versechsfacht auf derzeit 10,7 Millionen Euro. Und wir unterstützen Kommunen bei ihren Integrationsaufgaben: 2017 hatten wir mit den Kommunen den Pakt für Integration geschlossen und dafür seit 2017 jährlich bis zu 70 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.“ Lucha nannte auch die Landes-Antidiskriminierungsstelle (LADS), die das Land im November 2018 eingerichtet hatte.

Mit Blick auf die Zukunft gelte es nun, beispielsweise die **Kindergrundsicherung** endlich umzusetzen. „Ich trete dafür seit Jahren ein und freue mich deshalb sehr über die Ankündigung der Bundesfamilienministerin, im kommenden Jahr einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Nötig ist ein vom Kind aus gedachtes Gesamtkonzept gegen Kinderarmut und zur Beseitigung ihrer Folgen“, so der Minister. „Auch in Baden-Württemberg stellen wir uns der Verantwortung und bauen die Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut flächendeckend aus. Bis 2030 soll es Netzwerke in allen Kreisen geben.“

Der Minister sagte abschließend: „Für mich sind die Zahlen und Hinweise der Studie der Bertelsmann Stiftung Ansporn: Wir müssen und wollen noch mehr dafür tun, damit die Menschen in Baden-Württemberg gute Lebenschancen und Zukunftsperspektiven haben.“

[Handout zur Studie „Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2022“ \(PDF\)](#)

[Studie „Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2022“ - Langfassung](#)

[Studie „Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2022“ - Kurzbericht](#)

Die Kurz- und Langfassung der Studie sind auch auf der Website der Bertelsmann Stiftung abrufbar:

[Bertelsmann Stiftung: Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2022](#)

Link dieser Seite:

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/studie-gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-baden-wuerttemberg-hat-unter-corona-pandemie-gelitten/?cHash=fcba4f8575b68dee1e91ce8db7cd600&type=98>